

Berlin, 17. März 2015

Pressemitteilung vom 17.03.2015

„Kohleausstieg Berlin“

Lausitzer Braunkohletagebau „ernstes Problem“ für Berliner Trinkwasserversorgung – Experten bemängeln Tatenlosigkeit des Senats

Berlin, 17.3.2015. Anlässlich der Eröffnung der interaktive Fotoausstellung "Das Leiden der Spree #Bergbaufolgen" in den Räumen der Naturfreunde Berlin machten Experten von Berliner und Brandenburger Umweltorganisationen bei dem anschließenden „Kohle-Talk“ auf die Bedrohung des Berliner Trinkwassers durch den Tagebau in der Lausitz aufmerksam. Eingeladen hatte das Bündnis „Kohleausstieg Berlin“ in Kooperation mit der Grünen Liga Brandenburg – Umweltgruppe Cottbus.

Kohleausstieg Berlin
c/o BürgerBegehren Klimaschutz
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Tel.: 030 - 2435 7803
www.kohleausstieg-berlin.de

Pressekontakt:
Eva Rönspiess
Tel.: 0172 172 4355
roenspiess@buenger-begehren-klimaschutz.de

Berlin deckt seinen Trinkwasserbedarf zu 70 Prozent mit Uferfiltrat aus Havel und Spree. Bis zu 2 Millionen Kunden sind in der wachsenden Metropole von der Qualität der Spreewasserbeschaffenheit für ihre Trinkwasserversorgung abhängig.

„Die Beanspruchung der Spree durch den Braunkohletagebau steht in direkter Nutzungskonkurrenz zur Versorgung der Berlinerinnen und Berliner mit sauberem Trinkwasser: steigt die bergbaubedingte Sulfatbelastung der Spree weiter an, dann reicht deren Gewässerqualität als Grundlage für die Berliner Trinkwasserherstellung langfristig nicht aus“ betonte **Winfried Lücking**, Leiter Gewässerpolitik des Berliner Landesverbands des BUND (Bund für Naturschutz und Umwelt Deutschland). Dies ergeben Trendberechnungen des BUND, nach denen spätestens 2020 mit einer so hohen Sulfatbelastung zu rechnen ist (etwa 210 Milligramm pro Liter), dass eine Alternative zum Spreewasser als Rohwasserbasis für das Trinkwasser nötig werde. Schon jetzt sei der für Trinkwasser vorgesehene Grenzwert von 250 Milligramm pro Liter an den Übergängen der Spree nach Berlin fast schon erreicht, doch bisher seien erst einzelne Spitzenwerte zu messen. Zu viel Sulfat im Trinkwasser führt zu Durchfall und Erbrechen. Bisher habe der Senat weitestgehend die Augen vor dem Sulfatproblem verschlossen, bemängelte Lücking. „Der Senat muss endlich handeln. Wir brauchen jetzt Transparenz darüber, welche Konsequenzen der steigende Sulfatgehalt in der Spree für die Infrastruktur und Kosten der Trinkwasseraufbearbeitung hat“, so der Wasserexperte.

Rene Schuster von der Grünen Liga Brandenburg – Umweltgruppe Cottbus betonte:

„Derzeit drohen die Folgeschäden der Braunkohleverstromung einmal mehr dem Steuerzahler und den Endkunden aufgebürdet zu werden. „Wenn wir jetzt nicht aufpassen, zahlen wir noch viele Jahrzehnte dafür, dass heutige Landesregierungen in Potsdam, Dresden und Berlin den verursachenden Bergbautreibenden Vattenfall nicht für die Schäden zur Kasse bittet“, kritisiert Schuster. Die Sulfat-Reduzierung bei der Trinkwasseraufbereitung und auch die Erschließung von Alternativen führen zu teils erheblichen Mehrkosten. Auch die durch hohe Sulfatkonzentration bedingten Gebäude- und Wasserleitungsschäden infolge des Betonfraß führten zu steigenden Unterhaltungskosten.

„Der Senat muss frühzeitig dafür sorgen, dass die Berlinerinnen und Berliner nicht auf den Kosten der bergbaubedingten Sulfatbelastungen sitzenbleiben“, betonte Daniela Setton, Energieexpertin und eine der Kuratorinnen der Ausstellung. Angesichts der Verkaufspläne der Braunkohlesparte des schwedischen Staatskonzerns Vattenfall sei dies besonders zeitkritisch geworden. „Ein Blick auf die Erfahrungen in Brandenburg und Sachsen zeigen wie wichtig es ist, frühzeitig sicherzustellen, dass der Verursacher Vattenfall oder sein Nachfolger für die Schäden aufkommt“, betonte Setton. So sei bspw. in der sächsischen Lausitz in der Region Weißwasser ein Finanzierungsstreit über eine neue Trinkwasserfernleitung für die Versorgung von 35.000 Menschen entbrannt. Aufgrund der hohen Sulfateinträge aus den Tagebauen stehen bereits mehrere Wasserwerke vor dem Aus und bis 2018 muss eine alternative Versorgung her. Von den Gesamtkosten der neuen

Presseinformation

Leitung in Höhe von etwa 26 Mio. Euro will Vattenfall lediglich 5 Mio. Euro übernehmen.

Dass das Sulfatproblem weit weg von einer Lösung ist, darauf wies **Axel Kruschat**, Landesgeschäftsführer des BUND Brandenburg hin. Er präsentierte auf der Veranstaltung u.a. neue Messwerte von Sulfat, die er als „sehr besorgniserregend“ bezeichnete. Der BUND hatte mit Unterstützung von Greenpeace und dem Bürgerbegehren Klimaschutz knapp fünf Monate nach der Inbetriebnahme der Grubenwasserreinigungsanlage von Vattenfall am Tagebau Welzow erneut Wasserproben wissenschaftlich auswerten lassen. Die Proben ergaben teilweise bis zu 920 Milligramm pro Liter, was eine drastische Erhöhung zu den im Juni und Oktober des vergangenen Jahres gemessenen Werten bedeutet. Für die Oberflächengewässer in Brandenburg gilt nur ein „Zielwert“ von 450 mg/l. Kruschat kritisierte, dass die Brandenburger Landesregierung während der Anhörung zum neuen Tagebau Welzow Süd II im Dezember 2013 erklärt habe, aus Kostengründen seien Vattenfall keine Maßnahmen zur Eindämmung der Sulfatbelastung zuzumuten. Dies sei eine Politik zu Lasten der Kommunen und Wasserkunden, so Kruschat.

Pressekontakt:

Winfried Lücking, BUND Berlin, Mobil: 0160-8293414, Winfried.Luecking@bund.net

Axel Kruschat, BUND Brandenburg, Mobil: 0179-5911698, axel.kruschat@bund.net

Rene Schuster, Grüne Liga Brandenburg – Umweltgruppe Cottbus, Mobil: 0151-14420487, umweltgruppe@kein-tagebau.de

Kontakt Bündnis Kohleausstieg Berlin

Eva Rönspieß

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Mail:info@kohleausstieg-berlin.de

Telefon: 030 24357803